

# Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände



Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände · Hausvogteiplatz 1, 10117 Berlin

06.12.2016

Bundesministerium des Innern  
Frau  
Dr. Ulrike Hornung  
Referat M3  
Alt-Moabit 140  
10557 Berlin

per E-Mail: [m3@bmi.bund.de](mailto:m3@bmi.bund.de)

## **Referentenentwürfe eines Gesetzes und einer Verordnung zur Umsetzung aufenthaltsrechtlicher Richtlinien**

Sehr geehrte Frau Dr. Hornung,

haben Sie vielen Dank für die Gelegenheit zur Stellungnahme zum Referentenentwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der aufenthaltsrechtlichen Richtlinien 2014/36/EU, 2014/66/EU und 2016/801 sowie zum Referentenentwurf einer Verordnung zur Umsetzung dieser Richtlinien. Bevor wir nach Rückkoppelung mit der Fachpraxis auf einzelne Regelungen eingehen, erlauben wir uns einige grundsätzliche Anmerkungen.

### **Grundsätzliches**

- Um den Aufwand bei der Beurteilung überschaubar zu halten, ist eine Gegenüberstellung bestehender und neuer Vorschriften erforderlich. Es ist aber nicht sinnvoll, dass jede Ausländerbehörde mit erheblichem Aufwand selbst Synopsen erstellen muss. Vor diesem Hintergrund bitten wir bei künftigen Gesetzgebungsvorhaben um die Übersendung von Synopsen, wie das teilweise bereits geschieht.
- Die Komplexität des Aufenthaltsrechts wächst mit jeder Änderung und ist für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Ausländerbehörden inzwischen schwer zu überschauen. Dies gilt auch für die geplanten Neuregelungen der §§ 16 bis 20c AufenthG. Praktikabel und fristgerecht durchzuführen sind viele Anforderungen in der Praxis nicht.
- Zudem bitten wir zu berücksichtigen, dass eine Umsetzung der Regelungen mit Inkrafttreten der Vorschriften die Ausländerbehörden vor große Herausforderungen stellt, zumal die technischen Anpassungen einen größeren Zeitverlauf sowohl von Seiten der Ausländerbehörden als auch der Bundesdruckerei und dem AZR erfordern. Es wäre daher hilfreich, wenn zwischen der Verkündung des Gesetzes im Bundesgesetzblatt und dem Inkrafttreten ein ausreichend großer Zeitraum liegt.

## **Im Einzelnen**

### **Zu § 16 AufenthG-E**

#### **- § 16 Abs. 1 AufenthG-E (Vollzeitstudium):**

Hinsichtlich des in § 16 Abs. 1 AufenthG-E definierten Rechtsanspruchs auf Erteilung eines Aufenthaltstitels zum Vollzeitstudium sollte seitens des Gesetzgebers eine Klarstellung erfolgen, ob dieser Rechtsanspruch grundsätzlich für Vollzeitstudien gilt oder ob hier von einem Grundstudium (z. B. Bachelorstudium in Informationstechnologie) und ggf. von einem Aufbaustudium (z. B. Masterstudium in Informationstechnologie) auszugehen ist. Hintergrund ist die immer wiederkehrende Praxis, mehrere Grundstudien zu beginnen, welche nicht aufbauend und/oder fachfremd sind (z. B. Physik und Politik). Dies ist vor allem relevant auch im Hinblick auf die nach aktuellen Verwaltungsvorschriften geltenden Höchststudiendauer von 10 Jahren. Diesbezüglich wird auf unten stehenden Ausführungen zu § 16 Abs. 4 Satz 4 AufenthG-E verwiesen.

#### **- § 16 Abs. 2 AufenthG-E**

Hier sollte auch die Möglichkeit des Wechsels in die qualifizierte Beschäftigung nach § 18 Abs. 4 AufenthG im Falle des Studienabbruchs zugelassen werden.

Diese Gesetzesanpassung basiert nicht auf der Umsetzung der REST-Richtlinie, sondern soll das bisherige restriktive Zweckwechselverbot praxisorientierter umsetzen. Bei Abbruch des Studiums darf künftig eine Aufenthaltserlaubnis nur erteilt werden, wenn die Voraussetzungen nach § 17 AufenthG für sonstige Ausbildungszwecke vorliegen bzw. wenn ein Rechtsanspruch besteht.

Damit können Person, die im Ausland bereits ein Bachelor-Studium abgeschlossen haben, anschließend ihr im Bundesgebiet aufgenommenes Masterstudium abbrechen, zum Zwecke der Aufnahme einer Beschäftigung nur dann im Bundesgebiet bleiben, wenn das im Ausland abgeschlossene Bachelor-Studium und die angestrebte Tätigkeit zur Erteilung einer Blauen-Karte EU führen würde. Für den Fall, dass die Erteilung der Blauen-Karte EU wegen zu geringer Gehaltszahlungen scheitert, käme nach der vorgeschlagenen Formulierung ohne Ausreise die Aufenthaltserlaubnis zum Zwecke einer Ausbildung, nicht jedoch die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis nach § 18 Abs. 4 AufenthG in Betracht. Andererseits könnte dieser Person nach Ausreise und Betreiben eines Visumverfahrens mit Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit eine Aufenthaltserlaubnis nach § 18 Abs. 4 AufenthG erteilt werden. Dies widerspricht aus unserer Sicht der mit der Umsetzung der Hochqualifizierten-Richtlinie verfolgten Intention des Gesetzgebers, Fachkräftepotential im Bundesgebiet zu halten und entspricht zudem nicht den tatsächlichen Gegebenheiten.

#### **- § 16 Abs. 4 Satz 4 AufenthG-E**

Angesichts der Gesetzesanpassung sollte die Chance genutzt werden, um eine Neubewertung des „angemessenen Zeitraums“ für die Verlängerung des Aufenthaltstitels zum Zweck des Studiums vorzunehmen.

Bisher wurden über die Verwaltungsvorschriften zu § 16 AufenthG (insbesondere VwV 16.1.1.6.2, 16.1.1.7, 6.2.7) für die Ausländerbehörde Vorgaben hinsichtlich dieses unbestimmten Rechtsbegriffs gemacht und eine Studienhöchstaufenthaltsdauer von 10 Jahren vorgegeben.

Nach unserer Ansicht orientierte sich die 10-Jahresfrist an den früher üblichen Diplomstudiengängen. Durch die Einführung der Bachelor- und Masterstudiengänge in Deutschland, welche eine sehr viel kürzere Regelstudienzeit haben (3 bzw. 2 Jahre), bedarf es einer Klarstellung, ob auch hier die 10-Jahresfrist gelten soll und damit ggf. auch die Möglichkeit besteht, mehrere Bachelorstudiengänge (ggf. mehrere hintereinander) absolvieren zu können zumal ja ein Rechtsanspruch gemäß § 16 Abs.1 AufenthG-E besteht.

- **§ 16 Abs. 7 AufenthG-E (Teilzeitstudium)**

Die neu geschaffene Möglichkeit einen Aufenthaltstitel für ein „Teilzeitstudium“ erteilen zu können, wirft die Frage auf, wie ein „Teilzeitstudium“ zu definieren ist und ob ein „Teilzeitstudium“ tatsächlich als Hauptaufenthaltszweck gesehen werden kann. Hier bedarf es einer Klarstellung.

Bisher musste für die Erteilung eines Aufenthaltstitels zum Studium der Hauptaufenthaltszweck tatsächlich das Studium sein: Nach den Verwaltungsvorschriften (vgl. VwV 16.0.4) genügte beispielsweise ein Abend-, Wochenend- oder Fernstudium diesen Anforderungen nicht.

Gerade für ein „Teilzeitstudium“ ist jedoch charakteristisch, dass der zeitliche Aufwand des Semesters um mindestens 50% reduziert ist. Das bedeutet gleichzeitig eine annähernde Verdoppelung der Regelstudienzeit bzw. der Höchststudiendauer. Dieses Studienmodell wurde in erster Linie für berufstätige Menschen entwickelt, um die Belastung aus Vollzeitstelle und Studium zu mindern. Darüber hinaus richtet sich das Teilzeitstudium an Personengruppen mit besonderen Lebensumständen wie zum Beispiel junge Mütter, Profisportler, Selbständige oder Menschen mit Pflegeaufsicht. Dies widerspricht aber aus unserer Sicht der Vorgabe des Hauptaufenthaltszwecks des Studiums.

- **§ 16 Abs. 9 AufenthG-E**

Hilfreich wären Ausführungen, zu der Frist, die der Ausländer hat, um eine neue Ausbildungseinrichtung zu finden.

- **Zu § 16a AufenthG-E (Mobilität im Rahmen des Studiums)**

Die Formulierung des § 16a AufenthG-E macht die aus unserer Sicht klaren und eindeutigen Vorgaben der REST-Richtlinie zu den Mitteilungspflichten und Zeitpunkten der Mitteilungen sowie der im Rahmen des Mitteilungsverfahrens vorzulegenden Unterlagen unklar und erschwert eine praktikable Umsetzung für alle Beteiligten.

- **§ 16a Abs. 1 AufenthG-E**

Hier fehlt die Unterscheidung der Vorgehensweise für Personen, die im Rahmen eines Unions- oder multilateralen Programms mit Mobilitätsmaßnahmen im Bundesgebiet bis zu 360 Tagen studieren möchten, und Personen, die dieses Studium außerhalb solcher Programme durchführen wollen.

In Art. 31 Abs. 1 Satz 2 der REST-Richtlinie wird klargestellt, dass von einem Studenten, der nicht an einem Unions- oder multilateralen Programm mit Mobilitätsmaßnahmen teilnimmt oder für den keine Vereinbarung zwischen zwei oder mehreren Hochschuleinrichtungen gilt, ein Antrag auf Genehmigung der Einreise und des Aufenthalts für einen zweiten Mitgliedsstaat zu stellen ist. Dieses in der Richtlinie zwingend geforderte Antragserfordernis wird in §

16a Abs. 1 AufenthG-E überhaupt nicht thematisiert. Vielmehr vermischt § 16a Abs. 1 AufenthG-E beide Personengruppen und fordert für beide „nur“ eine Mitteilungspflicht an die zuständige Stelle (= BAMF - gemäß § 91d AufenthG-E).

Entgegen der in Art. 31 Abs. 2 Satz 1 der REST-Richtlinie vorgegebenen Möglichkeiten, wonach die Mitteilung sowohl vom Studenten selbst, von der Ausbildungseinrichtung in dem anderen Mitgliedsstaat und von der aufnehmenden Ausbildungseinrichtung erfolgen kann, wird im Referentenentwurf in § 16a Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 AufenthG-E nur auf eine Mitteilungspflicht der im Bundesgebiet „aufnehmenden Ausbildungseinrichtung“ an die zuständige Stelle abgestellt.

Darüber hinaus wurde versäumt, die gemäß Art. 31 Abs. 5 und 6 der REST-Richtlinie bestehende Möglichkeit zur Formulierung klarer Regelungen, welche Unterlagen, Informationen und Nachweise im Rahmen der Mitteilungspflicht beizufügen sind, in § 16a Abs. 1 Satz 1 AufenthG-E umzusetzen. Dies ist aber aus unserer Sicht dringend erforderlich, da sonst keine Überprüfung der Voraussetzungen für das Vorliegen des Aufenthaltsrechts erfolgen kann – insbesondere hinsichtlich der Voraussetzung der Sicherung des Lebensunterhalts.

Zudem stellt sich die Frage, welche Anforderungen an die „Ausbildungseinrichtung“ gestellt werden. Muss es sich um eine staatlich anerkannte Hochschule oder Ausbildungseinrichtung im Sinne des § 16 Abs. 1 AufenthG handeln, an welcher Studienabschlüsse erworben werden. Wir bitten, dies klarzustellen.

#### - § 16a Abs. 5 AufenthG-E

Hier bedarf es nach unserer Auffassung einer erheblichen Nachjustierung der Formulierung.

Vom Zeitpunkt der Mitteilung an das BAMF hängt der Zeitpunkt der Einreise und des Aufenthalts zum Zweck des Studiums ab. § 16a Abs. 1 Satz 2 AufenthG-E i.V.m. 16a Abs. 2 AufenthG-E setzt insofern Art. 31 Abs. 2 Satz 2 der REST-Richtlinie um. In der Folge gilt gemäß Art. 31 Abs. 3 und 4 der REST-Richtlinie ab diesem Zeitpunkt die Einreise und die Mobilität des Studenten als genehmigt.

Gemäß Art. 31 Abs. 7 der REST-Richtlinie besteht die Möglichkeit des aufnehmenden Mitgliedsstaates, innerhalb einer Frist von 30 Tagen nach Eingang der vollständigen Mitteilung Einwände zu erheben, insbesondere auch hinsichtlich des (Nicht-)Vorliegens der Voraussetzungen. Nach Ablauf dieser Einwendungsfrist kann der aufnehmende Mitgliedsstaat dem Studenten ein Dokument ausstellen, in dem bescheinigt wird, dass er berechtigt ist, sich im Rahmen der Mobilität im Hoheitsgebiet aufzuhalten und seine Rechte aus der Richtlinie wahrzunehmen.

Gemäß § 16a Abs. 5 AufenthG-E wird für die Ausstellung der Bescheinigung keine Frist vorgesehen und auch nur auf die Möglichkeit der Ablehnung nach § 20c AufenthG-E verwiesen. Die Möglichkeit der Ablehnung beispielsweise wegen nicht gesicherten Lebensunterhalts oder fehlenden Krankenversicherungsschutzes wird – obwohl in Art 31 Abs. 7 i.V.m Art. 31 Abs. 6 Buchstabe c und d der REST-Richtlinie vorgesehen – , im Referentenentwurf nicht umgesetzt.

Allerdings wird darauf hingewiesen, dass die Bescheinigung auch die Berechtigung der Einreise beinhalte. Dies widerspricht jedoch dem Recht auf unmittelbare Einreise nach Erfüllung der Mitteilungspflicht aus § 16 Abs. 2 AufenthG-E und Art. 31 Abs. 2 Satz 2 der REST-Richtlinie – auf die Ausstellung der Bescheinigung kommt es daher eigentlich nicht an.

## **- Verwaltungsaufwand**

Laut Referentenentwurf wird lediglich beim BAMF als nationaler Kontaktstelle (E.3 2. Absatz) ein geringfügig erhöhter Personalmehraufwand gesehen, da dieses künftig die Anträge und Mitteilungen im Rahmen der Mobilität von Studenten entgegennehmen, der zuständigen Ausländerbehörde zuleiten und die Informationsübermittlung zwischen Deutschland und den anderen europäischen Staaten koordinieren soll.

Für die zuständigen Ausländerbehörden wird demgegenüber kein erhöhter Verwaltungsaufwand gesehen. Dem wird deutlich widersprochen:

Der neu geschaffene Verfahrensweg – wonach erstmals eine dritte Stelle (hier BAMF als Nationale Kontaktstelle) erster Ansprechpartner für eingereiste Ausländer ist –, durchbricht die bisherige Praxis, dass im Inland stets die Ausländerbehörden die Ansprechpartner für die reguläre Migration sind.

Die Ausländerbehörden sind nach den neuen Regelungen erst Beteiligte in diesem Verfahren, wenn das BAMF die Information über die Mitteilung und die im Rahmen des Verfahrens mit übermittelten Unterlagen (§ 91d AufenthG-E) an die zuständigen Ausländerbehörden weitergeleitet hat. Für diese Verfahrenswege müssen Übermittlungsstandards und Anpassungen in den ausländerrechtlichen Fachverfahren auch hinsichtlich einer Schnittstelle zum BAMF geschaffen werden. Hier kommen nicht unerhebliche Kosten auf die Ausländerbehörden zu. Auch wird bei nachträglichen „Problemfällen“ ein erhöhter Prüfungs- und ggf. Beratungsaufwand auf die Ausländerbehörden zukommen, da es in diesen Fällen keine Vorprüfung der Erteilungsvoraussetzungen durch die Ausländerbehörden geben wird.

Schließlich ist durch die erleichterte Mobilität künftig mit einer Fallzahlensteigerung der „mobilen“ Studenten zu rechnen ist; der Mehraufwand muss ggf. mit Personalzuschaltungen abgedeckt werden, deren Kosten ebenfalls zu Lasten der Kommunen gehen.

## **Zu § 17 AufenthG**

### **- § 17 Abs. 2 AufenthG**

In dem aktuellen Referentenentwurf ist keine Anpassung des § 17 Abs.2 AufenthG vorgesehen. Dies müsste jedoch aus unserer Sicht zwingend erfolgen, da hier noch auf das in der aktuellen Fassung des § 16 Abs. 2 AufenthG verankerte generelle Zweckwechselverbot verwiesen wird. Eine Referenz auch auf die geplante Neufassung des § 16 Abs. 2 AufenthG-E macht auf Grund der Formulierung des Gesetzestextes keinen Sinn.

## **Zu § 17b AufenthG-E**

### **- § 17b Abs. 1 AufenthG-E**

Da es sich hier offensichtlich um eine kumulative Auflistung von Erteilungsvoraussetzungen handelt, müsste unseres Erachtens nach Nummer 1 das Wörtchen „und“ nach dem Komma entfernt und nach Nummer 3 eingefügt werden.

Da der Aufenthaltstitel auch an Personen erteilt werden kann, die in den letzten zwei Jahren einen Hochschulabschluss erworben haben, sollte darüber nachgedacht werden, ob eine Rege-

lung geschaffen wird, wonach Betroffene im Anschluss in einen dem Studium adäquaten Beschäftigungsaufenthalt (ggf. in Arbeitsplatzsuche) wechseln können.

Wir bitten klarzustellen, wer die Voraussetzungen, insbesondere § 17b Abs. 1 Nr. 3 AufenthG-E prüft.

- **§ 18e AufenthG-E (Freiwilligendienst)**

Im Gegensatz zu der Regelung des § 17b Abs. 1 Nr. 4 AufenthG-E enthält § 18e AufenthG-E keine über die Zeit hinausgehende Verpflichtung zur Sicherstellung des Lebensunterhalts. Ist das so gewollt?

**Zu § 19b AufenthG-E**

- **§ 19b Abs. 1 AufenthG-E bzw. § 19b Abs. 2 AufenthG-E**

Die gesetzlichen Regelungen zur Erteilung einer ICT-Karte im Rahmen des unternehmensinternen Transfers von Führungskräften, Spezialisten und Trainees von einem Unternehmen mit Sitz außerhalb der Europäischen Union in ein oder mehrere inländische Niederlassungen desselben Unternehmens oder in abhängige Unternehmen dieses Konzerns erscheinen grundsätzlich unproblematisch, zumal in diesen Fällen zwingend das Visumverfahren vorgehalten ist (§ 17 Abs. 1 AufenthV i.V. m. § 31 AufenthV) und auch die Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit für die Erteilung der ICT-Karte im Rahmen des Visumverfahrens einzuholen ist (§ 10a Abs. 1 und 2 BeschV-E). Eine Beteiligung der Ausländerbehörden ist nur in Fällen eines Voraufenthalts vorgesehen (§ 31 Abs. 1 Nummer 2 Buchstabe c AufenthV).

Allerdings bitten wir zu bedenken, dass das Vorliegen der Erteilungsvoraussetzungen für die ICT-Karte vollumfänglich durch die deutschen Auslandsvertretungen zu prüfen ist, da in der Regel keine Beteiligung der Ausländerbehörden im Visumverfahren erfolgt. Es muss sichergestellt werden, dass die deutschen Auslandsvertretungen für diese Prüfung sowohl personell als auch fachlich gewappnet sind. Auf die diesbezüglichen negativen Erfahrungen im Zusammenhang mit der Einführung der Blauen-Karte EU und in jüngster Zeit im Zusammenhang mit der sog. „Westbalkanregelung“ möchten wir hinweisen.

In diesem Zusammenhang möchten wir ferner darauf hinweisen, dass die deutschen Auslandsvertretungen auch deshalb schon mit einer Fallzahlenmehrung rechnen müssen, da im Rahmen des unternehmensinternen Transfers auch Privilegierte im Sinne des § 41 AufenthV zwingen einen Visumantrag stellen müssen (§ 41 Abs. 4 AufenthV-E).

Eine Heilung eines Visumverstoßes ist auch bei Vorliegen aller für den unternehmensinternen Transfer geltenden Voraussetzungen und bestehenden Rechtsanspruchs gemäß § 5 Abs. 2 Satz 3 AufenthG-E ausgeschlossen.

**Zu § 19c AufenthG-E**

- **§ 19c Abs. 1 Satz 1 AufenthV-E**

Es bedarf einer Liste aller Bezeichnungen der Aufenthaltstitel innerhalb der Europäischen Union, die zum kurzfristigen mobilen unternehmensinternen Transfer im Sinne des § 19c Abs. 1 AufenthG-E berechtigen.

- **§ 19c Abs. 1 Satz 2 AufenthV-E**

Aus unserer Sicht wurde versäumt, die nach Art. 21 Abs. 3 der ICT-Richtlinie bestehende Möglichkeit zur Formulierung klarer Regelungen, welche Unterlagen, Informationen und Nachweise im Rahmen der Mitteilungspflicht beizufügen sind, in § 19c Abs. 1 Satz 1 AufenthG-E aufzugreifen. Dies ist aber aus unserer Sicht dringend erforderlich, da mit dem Zeitpunkt der Mitteilung an die zuständige Stelle (= BAMF gemäß § 31g Abs. 1 AufenthG-E) auch das Recht auf Einreise und das Recht auf kurzfristige Mobilität im Rahmen des unternehmensinternen Transfers besteht.

- **§ 19c Abs. 4 AufenthG-E**

In § 19c Abs. 4 AufenthG-E wird das in Art. 21 Abs. 6 der ICT-Richtlinie verankerte Recht des aufnehmenden Mitgliedsstaates innerhalb einer Frist von 20 Tagen die Mobilität des unternehmensintern Transferierten abzulehnen, verankert.

Um hier die Prüfung des Vorliegens der Voraussetzungen und möglicher Versagungsgründe gemäß § 19c Abs. 3 AufenthG-E seitens der Ausländerbehörde innerhalb der Einwendungsfrist tatsächlich vornehmen zu können, müssten der Ausländerbehörde alle erforderlichen Unterlagen, Informationen und Nachweise im Rahmen des Mitteilungsverfahrens über das BAMF an die Ausländerbehörde unverzüglich zugeleitet worden sein (§ 91g Abs. 1 AufenthG-E).

Wir möchten rein vorsorglich darauf hinweisen, dass eine Einhaltung einer Frist von 20 Tagen bis zum Erlass eines schriftlichen Bescheides (§ 77 Abs. 1 Satz 4 AufenthG-E) angesichts der aktuellen Übermittlungswege sowie der vorab erforderlichen Anhörung mit entsprechender Rückäußerungsfrist etc. kaum realisierbar erscheint. Auch die in § 20c Abs. 3 Satz 2 AufenthG-E genannte Frist von 30 Tagen ist in der Praxis aus diesem Grund nicht haltbar.

**Verwaltungsaufwand ICT-Karte und Mobile ICT-Karte**

- Hinsichtlich des Aufwands für die Verwaltung bezüglich des Mitteilungsverfahrens wird auf die Ausführungen zu § 16a AufenthG-E verwiesen (ggf. Personalmehraufwand, da mehr Mobilität zu erwarten ist, Anpassung der Fachverfahren hinsichtlich der neuen Aufenthaltstitel und Übermittlungsstandards).
- Hinzu kommt ein Mehraufwand für die Auslandsvertretungen wegen des zwingend vorgeschriebenen Visumverfahrens in den Fällen des § 19b AufenthG

**Zu § 20a AufenthG-E**

- **§ 20a Abs. 2 AufenthG-E**

Hinsichtlich der Problematiken bezüglich des Mitteilungsverfahrens bei kurzfristiger Mobilität von Forschern über das BAMF an die zuständigen Ausländerbehörden (§ 91d AufenthG-E) wird auf die obigen Ausführungen zur kurzfristigen Mobilität von Studenten und die kurzfristige Mobilität im Rahmen des „unternehmensinternen Transfers“ verwiesen.

- **§ 40 Abs. 4 AufenthG-E**

Bezüglich der Versagung nach § 19b AufenthG-E werden Schwierigkeiten vermutet hinsichtlich der Ermittlung der Tatbestandsvoraussetzungen. Möglicherweise müssen noch Übermittlungspflichten an die Ausländerbehörde verankert werden.

- §§ 91d, 91g AufenthG-E

Mit Blick auf den Informationsaustausch zwischen BAMF, Ausländerbehörden und den anderen europäischen Mitgliedsstaaten werden hier die einzuhaltenden Fristen kritisch gesehen, da alle Informationen über die Ausländerbehörden an das BAMF geschickt werden.

**Zu § 45 AufenthV (als Folge der Änderung des § 69 Abs. 3 AufenthG-E)**

- § 45 Nr. 1 und 2 AufenthV

Es wurde zwar § 69 Abs. 3 AufenthG hinsichtlich der Gebührenhöchstsätze für die Erteilung einer ICT-Karte (140 Euro) und eine Mobilen ICT-Karte (100 Euro) ergänzt, eine Anpassung des § 45 Nr. 1 und 2 AufenthV, in welchem die eigentlichen Gebühren für die Erteilung und Verlängerung der beiden neuen Aufenthaltstitel stehen müssten, fehlt jedoch.

**Redaktionelle Anmerkungen**

Abschließend erlauben wir uns noch folgende redaktionelle Anmerkungen:

- § 16a Abs. 2 Satz 1 AufenthG-E

Hinweis auf redaktionellen Fehler:

Anstelle von „...Ablehnung nach Abs. 3...“ müsste es aus unserer Sicht „... Ablehnung nach

§ 20c Abs. 3 ....“ heißen.

- § 18e müsste „eigentlich“ § 18d sein. Dies müsste sowohl im Text als auch in der Inhaltsangabe korrigiert werden.
- In § 19c Abs. 5 AufenthG-E wird auf Absatz 2 als Ablehnungsmöglichkeit verwiesen. Es müsste aber auf Absatz 3 verwiesen werden.
- In § 30 Abs. 5 AufenthG-E wird auf § 20a Abs. 1 Nr. 6 verwiesen, den es nicht gibt.
- Zudem wird die Regelung auf den „Ehegatten“ beschränkt, während Art. 30 der REST-Richtlinie die Familienangehörigen von der Notwendigkeit eines Aufenthaltstitels ausnimmt. Ist das so gewollt?